



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Frühjahr/Sommer 2011

Liebe Leserinnen und Leser,



Quo vadis, Europa? Diese Frage ist anlässlich der fundamentalen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union seit einiger Zeit konfrontiert ist, aktuell wie nie! Wir sollten nicht vergessen, dass die Schaffung der deutschen Einheit nur möglich war durch die Einbettung in eine vertiefte europäische Zusammenarbeit. Deutschland profitiert wie kein anderes Land vom europäischen Binnenmarkt. Deutsche Europapolitik hat nur Erfolg, wenn neben der legitimen Wahrnehmung regionaler und nationaler Interessen europäische Führung im Interesse des Ganzen übernommen wird. Es wird nach wie vor zu wenig und zu undifferenziert über europäische Zusammenhänge und Entscheidungen berichtet. Diese Informationslücke wird von Vorurteilen gefüllt. Das muss anders werden.

Die Manifestation von antieuropäischen Ressentiments, wie sie nun sogar bei den an sich toleranten Dänen und Finnen zu beobachten ist, gibt jedoch Anlass zu großer Sorge um die Zukunft des europäischen Projekts. Denn wird heute die große Errungenschaft der Freizügigkeit aufgekündigt, so könnte langfristig die EU als Ganzes infrage gestellt werden. Dies muss jedoch unbedingt verhindert werden, denn ohne eine starke EU haben Regionen und Staaten in der globalisierten Welt keine Zukunft. Nationale Befindlichkeiten hinten anzustellen und sich wieder der gemeinsamen Sache zu verpflichten ist das Gebot der Stunde. Alle Kraft muss darauf verwendet werden, der wachsenden Skepsis über das europäische Projekt zu begegnen.

Gerade die deutschen und europäischen Christdemokraten müssen sich an die Spitze der europapolitischen Entwicklung stellen. Aus diesem Grund hat auch der CDU-Landesvorstand beschlossen, eine Arbeitsgruppe zur Europapolitik unter meiner Leitung einzusetzen, um die Europadiskussion mit einer neuen Dynamik und Positionsbeschreibung auszustatten. Wir müssen die Erfolge und Vorteile der europäischen Integration besser und intensiver vermitteln. Unsere Vision der europäischen Zusammenarbeit muss fortgeschrieben und im Zuge der Globalisierung weiter-

entwickelt werden. Vorhandene Defizite und Fehlentwicklungen in der öffentlichen Diskussion und bei europäischen Entscheidungsprozessen wollen wir offen ansprechen und politisch aufarbeiten. Für ein starkes Europa der Bürger und Staaten im Interesse Schleswig-Holsteins und Deutschlands - dazu gibt es keine Alternative.

Ich wünsche Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel

April

Stärkung von politischen Parteien auf europäischer Ebene

Das Europäische Parlament hat sich in einer EntschlieÙung für eine Anpassung der gesetzlichen Vorschriften für politische Parteien auf EU-Ebene ausgesprochen. Die Parteien, welche als Dachorganisationen nationaler Parteien auf EU-Ebene agieren und aktuell zumeist als Nichtregierungsorganisationen in verschiedenen Ländern registriert sind, sollen demnach einen EU-Rechtsstatus erhalten. Außerdem soll ihnen mehr Flexibilität bei der Finanzierung und ein höheres Spendenlimit eingeräumt werden. Die Abgeordneten fordern darüber hinaus die Möglichkeit einer direkten Mitgliedschaft von natürlichen Personen sowie die Aufhebung des Verbots einer Teilnahme an Kampagnen von EU-weiten Referenden. Mithilfe dieser Anpassungen sollen die organisatorischen Strukturen harmonisiert und der Weg für eine transeuropäische Parteienlandschaft geebnet werden. Die Vorschläge des Parlaments könnten zu einem späteren Zeitpunkt in einem Gesetzesvorschlag zur Novellierung der bestehenden Verordnung münden.

Maßnahmen gegen geschlechtsbezogene Gewalt

Opfer geschlechtsbezogener Gewalt sollten künftig leichterem Zugang zu Rechtshilfe erhalten, um ihre Rechte über die Staatsgrenzen hinweg innerhalb der EU durchsetzen zu können. In seiner entsprechenden EntschlieÙung fordert das Europäische Parlament deshalb einen umfassenden europäischen rechtlichen Ansatz gegen geschlechtsbezogene Gewalt. Die Abgeordneten appellieren außerdem an die Mitgliedsstaaten, angemessene Mittel für die Prävention von sowie den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und den Ausbau von Opferschutzstrukturen bereit zu stellen. Weitere Forderungen betreffen eine bessere Ausbildung von medizinischem Personal und in diesem Feld tätigen Richtern, Staatsanwälten und Anwälten sowie ein angemessenes Strafmaß für die Täter. Auf EU-Ebene sollen Kampagnen zum Thema geschlechtsbezogene Gewalt zur Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten werden schließlich dazu aufgefordert, das Thema und damit verbunden auch Menschenhandel und Genitalverstümmelung im Rahmen von Verhandlungen zu internationalen Partnerschafts- und Handelsabkommen zu thematisieren.

Mai

Höhere Transparenz für die Interessenvertretung auf europäischer Ebene

Zur Steigerung der Transparenz bezüglich der Einflussnahme von Interessenvertretern auf die Beschlussfassung von Europäischem Parlament und Europäischer Kommission haben sich die beiden Institutionen auf die Einrichtung eines gemeinsamen Registers für Interessenvertreter verständigt. Erfasst werden darin u.a. Name, Anschrift, finanzielle Interessen, Auftraggeber und Umsatz von

Einzelpersonen und Organisationen, die sich mit der Gestaltung der EU-Politik befassen. Die verpflichtenden Angaben unterscheiden sich jedoch entsprechend der Organisationsform. Durch die Einrichtung eines so genannten "legislativen Fußabdrucks" soll aus dem Register ersichtlich werden, mit welchen Personen ein Europaabgeordneter im Zuge der Arbeit an einer Norm Kontakt hatte. Die Eintragung in das Register ist freiwillig. Allerdings ist künftig die Erteilung einer längerfristig gültigen Zugangsberechtigung zu den Institutionen an eine Registrierung geknüpft. Ausgenommen von dieser Registrierungspflicht sind Kirchen, Parteien, Regionen und andere Organisationen, welche im Allgemeininteresse handeln.

Juni

Beteiligung von Schwerlasttransportern an durch sie verursachten, sozialen Kosten

Künftig sollen Mitgliedsstaaten Schwerlasttransporter an den durch sie verursachten externen Kosten wie Lärm und Luftverschmutzung beteiligen können. Mit seiner Zustimmung zur Wegekostenrichtlinie II in zweiter Lesung hat das Parlament hierfür den Weg geebnet. Durch die Einführung des Verursacherprinzips im Transportbereich sollen auch Anreize für einen nachhaltigeren Verkehrssektor geschaffen werden. Die Regelung soll für Lastwagen mit einem maximalen Ladegewicht von über 12 Tonnen gelten. Zur Gewährleistung der Transparenz müssen die Mitgliedsstaaten der Kommission über ihre Einnahmen und die Investition derselben Bericht erstatten. Mindestens 15 % der Einnahmen müssen jedoch in jedem Fall in Projekte zur Unterstützung der transeuropäischen Verkehrsnetze fließen. Als Anreiz zur Meidung bestimmter Straßenabschnitte zu bestimmten Zeiten sollen Mautvariationen bis zu 175 % (während maximal 5 Stunden täglich) möglich sein. Bevor die Richtlinie rechtskräftig wird, bedarf es noch der Zustimmung des Rats.

Mehr Transparenz und Verantwortung auf dem Markt für Ratingagenturen

In seinem Initiativbericht zur Zukunft der Kreditratingagenturen mahnt das Europäische Parlament strengere Regeln von der Kommission an. So müsse es mehr Wettbewerb auf dem Markt der Ratingagenturen geben. Außerdem sollten die Agenturen ihre Methoden und Ratingkriterien offenlegen und Rechenschaft über ihre Ratings ablegen müssen. Im Falle von Schäden sollten sie haftbar gemacht werden können. Insgesamt sollte die Abhängigkeit von externen Ratings durch verlässliche interne Risikobewertungen verringert werden. Die Abgeordneten sprechen sich weiterhin für eine stärkere Aufsicht von Kreditratingagenturen durch EU-Behörden sowie eine eingehendere Bewertung der Abhängigkeit und Inanspruchnahme von Ratings seitens Finanzinstitutionen durch nationale Aufsichtsbehörden aus.

Verbraucherrechte

Ab 2013 gelten für grenzüberschreitende Geschäfte in der EU einheitliche Verbraucherrechte. Aufgrund der Zustimmung des Plenums zum Kompromiss mit den Mitgliedsstaaten über die Verbraucherschutzrichtlinie werden die Rechte der europäischen Verbraucher und die Rechtssicherheit der Händler gestärkt und darüber hinaus neue Marktchancen für Unternehmen eröffnet. Die Verbraucherschutzrichtlinie fasst vier bisher bestehende Richtlinien in diesem Bereich zusammen und harmonisiert dabei eine Vielzahl von Regeln innerhalb der EU. So gilt künftig europaweit ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Weitere Regelungen sollen den Onlinehandel erleichtern. So werden die Informationsvorschriften für die Händler verbessert. Außerdem soll Abzocke im Onlinehandel durch eine verbindliche Einverständniserklärung seitens des Kunden vorgebeugt werden. Zur Vermeidung unnötiger Bürokratie soll es

Zukunft der europäischen Landwirtschaftspolitik

Im Vorfeld des für den im Herbst 2011 erwarteten Kommissionsvorschlag zu Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 hat sich das Parlament für eine Beibehaltung einer starken, nachhaltigen Landwirtschaftspolitik auf europäischer Ebene ausgesprochen. Die Abgeordneten betonten in ihrem Bericht den wichtigen Beitrag der Politik u.a. zur Nahrungsmittelsicherheit, dem Umwelt- und Kli-

maschutz, der Biodiversität und der Beschäftigung im ländlichen Raum und forderten, die Mittel- ausstattung zumindest auf dem Niveau von 2013 zu halten. gleichzeitig unterstützen sie aber auch weitere Reformen zur Anpassung an veränderte Anforderungen an die Landwirtschaft und die Globalisierung. An der Zweisäulenstruktur soll festgehalten werden. Die Mittelzuteilung auf die Mitgliedsstaaten und die Bauern müsse jedoch fairer ausgestaltet werden und historische Referenzwerte für die Zuteilung in der ersten Säule müssten zugunsten eines regionsbasierten Betrags graduell auslaufen. Zur Stärkung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit sollte in der zweiten Säule zusätzlich zur Cross Compliance eine "Greening-Komponente" eingeführt werden. Ein Sicherheitsnetz aus Rücklagen für schlechte Zeiten sowie eine Reserve im Haushalt für Krisenzeiten sollen die Auswirkung von Preisschwankungen mildern. Darüber hinaus fordert das Parlament die Einrichtung einer Reserve im Haushalt zur schnellen Reaktion im Falle einer Krise.

Juli

Für eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Lebensmitteln

Nach mehrjährigen Verhandlungen haben sich das Europäische Parlament und der Rat in zweiter Lesung auf die Harmonisierung der Kennzeichnungsregeln für Nahrungsmittel zur besseren Information der Verbraucher verständigt. Damit wird es in der EU erstmals einheitliche, verpflichtende Angaben zu den Nährwerten je 100 ml/g auf Verpackungen geben. Freiwillig können Hersteller darüber hinaus u.a. Angaben je Portion und als Anteil am Tagesbedarf machen. Zur besseren Lesbarkeit der Angaben wird es weiterhin Mindeststandards bezüglich der Schriftgröße und des Kontrasts geben. Für kleine Verpackungen wird es Sonderregeln geben. Die verpflichtende Herkunftsangabe kommt zunächst nur für Frischfleisch. Machbarkeitsstudien sollen die Ausdehnung auf weitere Produktkategorien und zusätzliche Angaben bewerten. Irreführende Informationen bezüglich Inhaltsstoffen in der Beschreibung/Bebilderung sind künftig verboten. Die Hauptzutat muss hingeben neben dem Produktnamen abgebildet werden. Ausgenommen von der Verordnung sind alle nicht verpackten Nahrungsmittel, zum Beispiel im Restaurant. Hier sind ausschließlich Angaben zu Allergenen erforderlich. Weiterhin ausgenommen von den Nährwertangaben sind von Hand in geringen Mengen hergestellte Nahrungsmittel und Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 %.

Antritt der polnischen Ratspräsidentschaft

Anlässlich der turnusmäßigen Übernahme der Europäischen Ratspräsidentschaft durch Polen zum 1. Juli 2011 hat der polnische Ministerpräsident Donald Tusk vor dem Plenum des Europäischen Parlaments sein Arbeitsprogramm für die kommenden sechs Monate vorgestellt. In seiner Rede bekannte sich Tusk zum europäischen Projekt und sicherte dem Parlament eine enge Zusammenarbeit im politischen und gesetzgeberischen Bereich zu. Gleichzeitig brachte er aber auch seine Bedenken über die aktuellen europaskeptischen Strömungen in einigen Mitgliedsstaaten zum Ausdruck und äußerte sich besorgt über die seitens Dänemark wieder eingeführten Grenzkontrollen.

Pressemitteilungen

Brüssel, 30.06.2011

Kommissionsvorschläge zum Mehrjahresfinanzrahmen 2014-2020 spiegeln EP-Position nicht ausreichend wider

"Die am Mittwochabend vorgelegten Vorschläge der Kommission zum Haushalt für die EU 2014 bis 2020 spiegeln nur unzureichend die Position des Europäischen Parlaments wider", sagte Reimer Böge, ständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Mehrjahresfinanzrahmen (MFR). "Gleichzeitig müssen jedoch die Anstrengungen der Kommission gewürdigt werden, den Spannungsbogen zwischen einer sparsamen Haushaltspolitik und der Wahrung einer gewissen

Kontinuität bei der Finanzierung der traditionellen Politikbereiche unter Einbindung innovativer Elemente zu schließen.“

Die vorgesehene Kürzung des Verwaltungshaushalts begrüßte Böge ausdrücklich. "Im Sinne eines sparsamen, effizienten und wirtschaftlichen Haushalts ist eine Vereinfachung und Zusammenführung von Programmen unabdingbar. Unbeschadet möglicher Einsparungen ist es allerdings wichtig, dass der Haushalt über ausreichend Mittel verfügt, um dem Lissabonvertrag sowie den zusätzlichen politischen Verpflichtungen, die der Rat selbst beschlossen hat, gerecht zu werden."

"Die Vorgabe der vollständigen Finanzierung der EU aus Eigenmitteln durch den Lissabonvertrag ist eindeutig. Demzufolge hat sich auch die CDU/CSU-Gruppe für eine vorbehaltlose, ergebnisoffene Diskussion über die Ausgestaltung des Eigenmittelsystems ausgesprochen. Dies schließt auch die Prüfung der Einführung neuer Eigenmittelarten mit ein, wie sie von der Kommission vorgeschlagen wurde. Eine Finanzhoheit der EU selbst steht dabei überhaupt nicht zur Diskussion", so Böge.

Zur Bewertung der Zahlen sei es momentan noch zu früh. "Erst wenn alle Vorschläge der Kommission vorliegen, kann eine fundierte Einschätzung getroffen werden, wie die Finanzierung innerhalb und außerhalb des MFR einzuordnen ist und ob die konkreten Inhalte der vorgelegten Programme den EP-Vorstellungen entsprechen", so Böge abschließend.

Kiel, 20.06.2011

Arbeitsgruppe unter Leitung von Reimer Böge erarbeitet Positionspapier zur Europapolitik

Der CDU-Landesvorstand hat in seiner letzten Sitzung eine Arbeitsgruppe zum Thema Europapolitik unter Leitung ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden und Europaabgeordneten Reimer Böge eingesetzt. Die siebenköpfige Arbeitsgruppe wird dem Landesvorstand nach der Sommerpause ein Positionspapier zu den aktuellen Fragen des europäischen Integrationsprozesses zur Beschlussfassung vorlegen.

"Die aktuellen Diskussionen zu verschiedenen Entscheidungen auf Europäischer Ebene geben Anlass zur Sorge. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir uns als CDU in Schleswig-Holstein mit einem klaren Bekenntnis zu Europa öffentlich positionieren und dabei auch zu den einigen Entwicklungen kritisch Stellung nehmen. Nur ein starkes und zugleich der Subsidiarität verpflichtetes Europa vermag den Regionen und Staaten zu helfen, in der Globalisierung zu überleben. Neben dem aktuellen Krisenmanagement sind wir Christdemokraten gefordert, das Bekenntnis zur Europäischen Integration zu erneuern, den öffentlichen Dialog über den richtigen Weg und bestehende Defizite mit neuer Dynamik anzupacken und zu gestalten", erklärte Böge.

Brüssel, 27.05.2011

EP-Sonderausschuss fordert Festhalten an einer starken und zuverlässigen Agrarfinanzierung

Die Mittel für die Europäische Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im EU-Haushalt müssen in der neuen Finanzperiode nach 2013 mindestens auf dem Niveau von 2013 liegen. Dies fordert der Sonderausschuss des Europäischen Parlaments zu den politischen Herausforderungen nach 2013 (SURE) in seinem Abschlussbericht, welchen er am vergangenen Mittwoch verabschiedet hat.

Die Abgeordneten begründen ihre Forderung mit den vielfältigen Aufgaben und Zielen der GAP, die der Vertrag von Lissabon sowie politische Beschlüsse wie die EU2020-Strategie festschreiben. „Die GAP ist und bleibt von essentieller Bedeutung für die EU, da sie die Nahrungsmittelsicherheit, die globale Nahrungsmittelversorgung in Zeiten steigender Preise sowie die Bereitstellung einer Vielzahl öffentlicher Güter wie der Biodiversität und der Schwächung des Klimawandels gewähr-

leisten muss“, so der Fraktionssprecher der Europäischen Volkspartei im Ausschuss, Reimer Böge (CDU).

Die Zweisäulenstruktur soll beibehalten werden, da sich die Aufteilung der Mittel in ihrer jetzigen Form bewährt habe. Allerdings bedürfe es einer Anpassung der GAP an die inhaltlichen Schwerpunkte der EU2020-Strategie sowie einer Vereinfachung der Strukturen der Mittelverwaltung. Dieselbe Linie vertritt der ebenfalls am Mittwoch vom Agrarausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedete Initiativbericht des CSU-Abgeordneten Albert Deß zur Zukunft der GAP nach 2013.

Infolge der Bestandsaufnahme über die mittel- und langfristigen Zielen und Verpflichtungen in sämtlichen Politikbereichen kommt der SURE-Ausschuss weiterhin zu dem Schluss, dass für die Erreichung der vom Europäischen Rat beschlossenen Ziele, u.a. in den Bereichen Forschung, Europäische Netze oder Klimaschutz eine Anhebung des künftigen Finanzrahmens von mindestens 5 % gegenüber 2013 nötig ist. Damit geht er weit über das Angebot einiger Mitgliedsstaaten von 1 % hinaus. „Sollte der Rat auf seiner Position beharren, so sollten die Mitgliedsstaaten mitteilen, welche politischen Prioritäten und internationalen Verpflichtungen gestrichen werden müssen“, so Böge.

Ein großer Teil der zusätzlichen Mittel könne jedoch durch die Nutzung von Einsparpotentialen verbunden mit dem Abbau von Doppelstrukturen, der Umlegung nationaler Ausgaben auf die EU-Ebene oder einer stärkeren Koordination der nationalen mit dem EU-Haushalt erzielt werden. „Der Haushalt muss transparenter und effizienter ausgestaltet und für den Bürger nachvollziehbar werden. Dazu bedarf es auch einer Reform der Einnahmeseite des Haushalts weg von Beiträgen der Mitgliedsstaaten und damit auch der Abschaffung von Sonderrabatten. Wie es der Vertrag fordert, sollten neue Finanzierungsquellen offen diskutiert werden“, sagt Böge.

Der Initiativbericht des Sonderausschusses wird in der übernächsten Woche in Straßburg im Plenum abgestimmt. Die Europäische Kommission wird dann voraussichtlich am 29.06.2011 ihren Legislativvorschlag zum neuen Mehrjahresfinanzrahmen nach 2013 vorlegen. Dieser muss einstimmig von den Regierungen der Mitgliedsstaaten im Rat nach vorheriger Zustimmung des Europäischen Parlaments verabschiedet werden.



Bild 1: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu Besuch bei der deutschen CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (23.06.2011)

(Foto: CDU/CSU-Gruppe)



Bild 2: Vortrag von Reimer Böge zum Mehrjahresfinanzrahmen bei der Konrad Adenauer Stiftung (01.06.2011)

(Foto: Büro Böge)



Bild 3: Reimer Böge mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft auf der RegioSchau in Bad Segeberg (15.05.2011)

(Foto: CDU-KV Segeberg)



Bild 4: Reimer Böge in der Diskussion mit Jugendlichen auf dem Jugendforum im Kieler Landtag (13.05.2011)

(Foto: CDU- Landtagsfraktion)

Terminauswahl:

13.05.2011	Jugendforum im Kieler Landtag, Kiel
14.05.2011	Eröffnungsrede auf der KaKi-Messe, Kaltenkirchen
15.05.2011	Europatalk auf der RegioSchau, Bad Segeberg
16.05.2011	Schülergespräch, Berufliche Schulen Segeberg, Norderstedt
16.05.2011	Gespräch mit der CDU-Landtagsabgeordneten Herlich Marie Todsén-Reese, MdL, und der Landesstiftung Naturschutz, Kiel

17.05.2011	Veranstaltung mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, Brüssel
20.05.2011	Veranstaltung zur Landwirtschaftspolitik nach 2013 des Kreisbauernverbandes Rendsburg-Eckernförde, Mörel
23.05.2011	Gespräch mit der ungarischen Ratspräsidentschaft, Brüssel
24.05.2011	Haushaltsausschuss, Brüssel
25.05.2011	Abstimmung des SURE-Berichts im Sonderausschuss, Brüssel
31.05.2011	Gespräch mit Dominique Ristori, Generaldirektor der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU, Brüssel
31.05.2011	Gespräch mit Kaare Barslev, Finanzreferent der Dänischen Botschaft, Brüssel
31.05.2011	Gespräch mit Dr. Nikolaus Meyer-Landrut, Abteilungsleiter Europa im Bundeskanzleramt, Brüssel
01.06.2011	Vortrag zum Mehrjahresfinanzrahmen anlässlich eines Mittagsgesprächs der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel
08.06.2011	Rede im Plenum zu sowie Abstimmung des Abschlussberichts zum Mehrjahresfinanzrahmen nach 2013, Straßburg
14.06.2011	Gespräch mit Herrn Krukowski, Finanzreferent der polnischen Vertretung bei der EU, Brüssel
14.06.2011	Sprecher bei der Konferenz "Financial Frameworks and Space", Brüssel
15.06.2011	Gespräch mit Dr. Michael Clauß, Abteilungsleiter Europa im Auswärtigen Amt und Dr. Klaus Eckart, Referatsleiter für die Beziehungen zum EP, Brüssel
17.06.2011	Redaktionsbesuch beim Flensburger Tageblatt, Flensburg
17.06.2011	Ortstermin im Raiffeisen-Mischfutterwerk, Flensburg
18.06.2011	Jahresempfang der CDU Stormarn, Lütjensee
21.06.2011	Gespräch mit Studenten der Agrarökonomie der Universität Göttingen, Brüssel
21.06.2011	Gespräch mit dem Verband der norddeutschen Zeitungsverleger
22.06.2011	Redner bei der Konferenz "Turkey at the European doorstep", Brüssel
23.06.2011	Meinungsaustausch der CDU/CSU-Gruppe mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Brüssel
24.06.2011	Vortrag bei der JU Glinde/Oststeinbek, Glinde (Kreis Stormarn)
29.06.2011	Gespräch mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Brüssel
29.06.2011	Austausch Dr. Johannes Teysen, Vorstandsvorsitzender von E.ON, im Rahmen der deutschen CDU/CSU-Gruppe, Straßburg
29.06.2011	Treffen zwischen der CDU/CSU-Gruppe und der französischen UMP-Gruppe im Europäischen Parlament, Straßburg

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.eppgroup.eu/home/de/default.asp?lg1=de>

<http://www.europarl.europa.eu/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Claudia Rubach

Tel: 00322/ 2847326

Fax: 00322/ 2849326

Email:

reimer.boege@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
Rue Wiertz - ASP 15 E 252
B - 1047 Brüssel

Tel: 0032-2-2845326
Fax: 0032-2-2849326
reimer.boege@europarl.europa.eu

Europabüro Reimer Böge, MdEP
CDU-Landesverband
Sophienblatt 44-46
D - 24114 Kiel

Tel.: 0431-6 60 99 25
Fax: 0431-6 60 99 27
Email: info@reimerboege.de
Internet: www.reimerboege.de